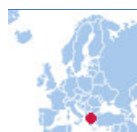


## Austerität oder Demokratie (II) 10.07.2015



**ATHEN/BERLIN/WASHINGTON** (Eigener Bericht) - Kurz vor dem EU-Gipfel am kommenden Sonntag zeichnet sich ein deutscher Erfolg im Kampf um ein drittes sogenanntes Hilfsprogramm für Griechenland ab. Wie am späten Donnerstag Abend berichtet wurde, soll das griechische Parlament bereits am heutigen Freitag über ein neues Sparprogramm abstimmen, das zentrale Forderungen der Gläubiger übernimmt. Weil das Sparprogramm offenbar dem Geist des "Nein" im Referendum vom vergangenen Sonntag widerspricht, wird mit seiner Ablehnung durch Teile der Regierungsfractionen gerechnet; die fehlenden Stimmen könnten allerdings bei der Opposition beschafft werden, heißt es in Athen. Einen Schuldenschnitt bekommt Griechenland nicht; das Land werde sich mit einer zeitlichen Streckung der Rückzahlung begnügen müssen, ist zu hören. Treffen die Berichte zu, dann hätte Berlin zentrale Forderungen durchgesetzt, die unbotmäßige Regierung in Athen gespalten und damit seine Niederlage vom vergangenen Sonntag wettgemacht. Harte Kritik an der deutschen Austeritätspolitik kam in den vergangenen Tagen nicht zuletzt aus den USA. Die Bundesregierung gehe um kurzfristiger Profite willen mit der Möglichkeit eines Grexit unnötig hohe geostrategische Risiken ein, monierten US-Außen- und Militärpolitiker; Berlin solle nicht länger geizen und die dringend nötige Krisenlösung endlich mit einem Schuldenschnitt absichern. US-Beobachter warnen zudem, die stetig wachsende deutsche Dominanz und ihre hemmungslose Nutzung durch Berlin gefährde auf Dauer den Zusammenhalt der EU.

### Sparen ohne Schuldenschnitt

Die griechische Regierung hat am späten Donnerstag Abend das geforderte Sparprogramm bei der Eurogruppe eingereicht. Dies bestätigt Eurogruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem. Über das Sparprogramm muss nun in Brüssel verhandelt werden. Treffen undementierte Berichte zu, die seit gestern kursieren, dann entspricht der Maßnahmenkatalog weitgehend Forderungen aus Berlin und Brüssel. So sollen etwa die Mehrwertsteuer für Hotels von 6,5 auf 13 Prozent verdoppelt und die Mehrwertsteuer in der Gastronomie von 13 auf 23 Prozent erhöht werden. Auch sollen fast sämtliche Frühverrentungen abgeschafft werden; grundsätzlich werde niemand mehr vor dem 67. Lebensjahr in Rente gehen können.[1] Ministerpräsident Alexis Tsipras verlangt weiterhin einen Schuldenschnitt, den Berlin jedoch kategorisch verweigert; am gestrigen Donnerstag haben sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble ausdrücklich dagegen verwahrt. Stattdessen sollen die griechischen Schulden "umstrukturiert" werden; was das genau bedeutet, ist nicht ganz klar.[2] Offenbar geht es darum, die Rückzahlung der Schulden lediglich zeitlich zu strecken - ohne jeglichen Verlust für die Gläubiger. Lediglich in diesem Punkt besteht noch Uneinigkeit: IWF-Chefökonom Olivier Blanchard bestätigte gestern Abend, seine Institution bestehe auf einem Schuldenschnitt.

### Regierungsfractionen gespalten

Wie ein Athener Regierungssprecher mittlerweile bestätigt hat, soll das griechische Parlament bereits am heutigen Freitag erstmals über das Sparpaket abstimmen. Weil der Maßnahmenkatalog womöglich nicht der Form, aber doch dem Geist des "Nein" im Referendum vom vergangenen Sonntag klar widerspricht, wird nicht mit geschlossener Zustimmung der Regierungsfractionen gerechnet. Um dennoch eine Mehrheit für die Berliner Austeritätspolitik zu erhalten, soll eine größere Zahl von "Ja"-Voten bei der Opposition beschafft werden.[3] EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat am gestrigen Donnerstag eine Delegation der konservativen Partei Nea Dimokratia empfangen und will zudem am heutigen Freitag mit dem Vorsitzenden der neuen Partei To Potami verhandeln. Käme es zu einer Abstimmung, bei der Teile der Regierungsfractionen mit Teilen der Opposition für das neue Sparpaket votierten, während andere Teile der Regierungsfractionen es im Verein mit anderen Teilen der Opposition ablehnten, dann hätte exzessiver Druck aus Deutschland nicht nur den Rücktritt von Finanzminister Gianis Varoufakis erzwungen, sondern darüber hinaus die Athener Regierung gespalten. Berlin hätte erzwungen, dass es im Falle von Widerstand in der Lage ist, Zentren der Unbotmäßigkeit in anderen EU-Staaten zu zerschlagen.

### Strategisch bedeutend

Deutliche Kritik an dem deutschen Vorgehen ist in den vergangenen Tagen nicht zuletzt aus den Vereinigten Staaten zu hören gewesen. Hintergrund sind geostrategische Sorgen Washingtons, die im Kern im Auswärtigen Amt geteilt werden. Exemplarisch formuliert hat sie kürzlich in einem Beitrag für das US-Blatt Foreign Policy James Stavridis, Ex-Admiral der U.S. Navy und von 2009 bis 2013 Supreme Allied Commander Europe (SACEUR) der NATO. Weder Griechenland aus der Eurozone hinausgeworfen, dann könne es sich - verärgert über die

Zurückweisung - zum "Quertreiber" in der EU wie auch in der NATO entwickeln, warnte Stavridis. Zudem werde ein ökonomischer Kollaps Auswirkungen darauf haben, wie stark sich Athen "an NATO-Operationen, EU-Missionen, humanitären Projekten, Flüchtlingsrettung und vielen anderen Anstrengungen im Bereich der Sicherheit beteilige". Sogar der Zugang zu Griechenlands Militärbasen, von denen sich manche - etwa Souda Bay oder Kreta - "an geopolitisch bedeutenden Orten" befänden, könne darunter leiden. "Es lohnt, an die wichtige und bedeutende geographische Lage Griechenlands an der Küstenflanke der NATO zu erinnern - in einer Zeit beträchtlicher Spannungen im östlichen Mittelmeer", schrieb Stavridis.[4]

### Krämerseelen

Stavridis vermutete zudem, Griechenland könne sich, von der EU brüskiert, "anderswo um Unterstützung" bemühen - insbesondere in Moskau. "Viele Griechen" stünden Russland als einer "orthodoxen Brudernation" ohnehin mit Sympathie gegenüber; helfe Moskau Athen nun aus der Krise, dann könne dies zu wachsender Abkehr Griechenlands vom Westen beitragen. Ein weiterer denkbarer Verbündeter Griechenlands sei Serbien, das seinerseits angespannte Beziehungen zu mehreren EU-Staaten unterhalte. In der Tat gab es in Griechenland bereits 1999 starke Widerstände gegen den NATO-Überfall auf Jugoslawien. Stavridis urteilt, es sei zwar nicht wahrscheinlich, aber auch nicht auszuschließen, dass Athen letztlich einen Abschied aus der EU und womöglich sogar aus der NATO in den Blick nehme. So fern eine solche Perspektive auch noch zu liegen scheine - sie könne EU und NATO "fundamental erschüttern". Strategisch stehe zur Zeit außergewöhnlich viel auf dem Spiel. Leider tendierten "viele auf der europäischen Seite" dazu, "dies zu ignorieren und sich nur auf die ökonomische Seite" des Konflikts zu fokussieren, beklagte der ehemalige US-Militär.[5]

### Anschwellende Dominanz

Washingtons Kritik, Berlin riskiere mit seinen Spardiktaten um den Preis kurzfristiger Gewinne langfristige strategische Vorteile, basiert auf präziser Beobachtung seines wichtigsten europäischen Verbündeten. Zu Wochenbeginn ist im Wall Street Journal ein ausführlicher Beitrag über die deutsche Rolle in der EU erschienen, der auch die Folgen der Berliner Krisenpolitik scharfsichtig analysiert. Der Autor des Beitrags zeichnet in groben Zügen zunächst nach, wie die Bundesrepublik in den vergangenen Jahren zur dominierenden Macht der EU geworden ist. Jahrzehntelang habe es ein "Tandem aus Frankreich und Deutschland" gegeben, das in Brüssel den Ton angegeben habe, heißt es in dem Text; deutsch-französische Kompromisse hätten, weil sie von stark divergierenden Standpunkten aus erzielt worden seien, die übrigen EU-Staaten gewöhnlich integrieren können. Seit Deutschland nun allein dominiere, sei diese Integrationskraft nicht mehr gegeben. Berlins Macht schaffe stattdessen neue Spannungen in der EU, die gegen "die anschwellende Dominanz eines ihrer Mitglieder" zu kämpfen habe. Spätestens mit dem griechischen "Nein" vom vergangenen Sonntag seien "die Gefahren, die aus Deutschlands Aufstieg für das europäische Projekt resultieren, deutlich geworden" - aus einem einfachen Grund.[6]

### Gespaltene Europa

Denn mit jeder Krise, deren Lösung die deutsche Kanzlerin dominiert habe, sei vielen Menschen in der EU die Botschaft vermittelt worden, dass gänzlich "ungeachtet der Lippenbekenntnisse zu einem gemeinsamen 'Europäischen Projekt' die Deutschen und gesichtslose Bürokraten in Brüssel den Takt vorgeben", heißt es weiter im Wall Street Journal.. Gelingen es nicht, die Griechenland-Krise in nächster Zeit einzudämmen, werde der Widerstand gegen "die deutsche Macht in Europa" wohl weiter wachsen. Ähnlich wie die Rolle der Vereinigten Staaten die ganze Welt polarisiere, "polarisiere die deutsche Macht Europa", schreibt der Autor. Dabei gehe der Riss durch alle Länder. So finde sich Angela Merkel in Spanien auf einer Liste beliebter ausländischer Politiker mit 39 Prozent recht weit oben, während sie gleichzeitig auf der Liste der unbeliebtesten Politiker unmittelbar nach Wladimir Putin auf Rang zwei stehe - mit 54 Prozent. In Frankreich befürworteten zwei Drittel der neuen Sarkozy-Partei "Die Republikaner" Merksels Griechenland-Kurs, den gleichzeitig mehr als die Hälfte der Befragten in einer kürzlich getätigten Untersuchung ablehnten. Dem entspricht die Erkenntnis aus dem Referendum in Griechenland, dass die alten wohlhabenden Eliten des Landes vor dem Referendum massiv für ein "Ja" warben und damit knapp 40 Prozent erzielen konnten, während es der neuen, nicht dem Establishment entstammenden Regierung mit Unterstützung vorwiegend ärmerer Bevölkerungsschichten gelang, 60 Prozent für ein "Nein" und damit gegen die Berliner Politik zu mobilisieren. In Spanien habe der Chef der Syriza-nahen neuen Partei Podemos kürzlich erklärt: "Wir wollen keine deutsche Kolonie sein", berichtet der Autor des Wall Street Journal - und benennt die Gefahren offen, die die Berliner Dominanz nach Ansicht Washingtons auf lange Sicht beinhaltet: "Deutschlands Macht strapaziert die Einheit der EU."[7]

Mehr zum Thema: [Von Irrläufern, Zockern und Bürschchen](#) , [Die strategische Flanke](#) , [Austerität um jeden Preis](#) , [Zum Teufel gejagt](#) , [Das Referendum als Chance](#) , [Die erste Niederlage](#) , [Countdown für Athen](#) und [Austerität oder Demokratie](#) .

[1] Kai Portmann, Matthias Schlegel, Christian Tretbar: Sparprogramm abgeschickt, Ultimatum eingehalten. [www.tagesspiegel.de](http://www.tagesspiegel.de) 09.07.2015.

[2] Kein Schuldenschnitt, aber Erleichterungen? [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de) 09.07.2015.

[3] Kai Portmann, Matthias Schlegel, Christian Tretbar: Sparprogramm abgeschickt, Ultimatum eingehalten. [www.tagesspiegel.de](http://www.tagesspiegel.de) 09.07.2015.

[4], [5] James Stavridis: What Are the Geostrategic Implications of a Grexit? foreignpolicy.com  
01.07.2015.  
[6], [7] Anton Troianovski: Greek Crisis Shows How Germany's Power Polarizes Europe.  
www.wsj.com 06.07.2015.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

[info@german-foreign-policy.com](mailto:info@german-foreign-policy.com)